

Jetzt können nur noch die Bürger das Freibad retten

Bürgerbegehren wird in der Heinsberger Ratssitzung am gestrigen Abend **abgelehnt**. Nur die FDP spricht sich dafür aus.

VON RAINER HERWARTZ

Heinsberg. Jetzt ist es quasi amtlich. Die wahlberechtigten Bürger der Stadt haben am 27. November die Chance, an der Wahlurne zu entscheiden, ob das Freibad in Oberbruch parallel zum Bürgerbad in Kirchhoven wiedereröffnet wird oder nicht. Eine Überraschung gab es gestern Abend nicht im Ratsaal, denn die Positionen der Fraktionen, auf die sich die Mitglieder im Vorfeld geeinigt hatten, wurden auch durch die Rede von Alfred Geiger von der IG Freibadretter nicht mehr ins Wanken gebracht.

„Für uns Bürger völlig unverständlich war die Tatsache, dass das Bad mit dem größten Defizit nicht geschlossen werden sollte“, sagte Geiger. „Das Hallenbad mit jährlich circa 700 000 Euro nicht gedeckten Kosten wird weiterbetrieben. Dieser Betrag war und ist allein höher als die Kosten der beiden Freibäder zusammen.“ Die Frage, warum „ein sanierungsbedürftiges Bad gegenüber einem

sofort in Betrieb zu nehmenden Bad bevorzugt wurde“, sei für die IG Freibadretter bis heute nicht schlüssig beantwortet worden, bezog sich Geiger auch auf das Altenburg-Gutachten.

Dazu äußerte sich gestern die CDU nicht. Aber: „Das Bürgerbegehren zur Wiedereröffnung des Freibades Oberbruch fordert die

Fortführung des Freibades in der Regie der Stadtwerke und torpediert damit die Aktivitäten in Kirchhoven

massiv. Die Folge wäre, dass das Freibad in Kirchhoven auf Dauer nicht zu halten wäre“, erklärte Norbert Krichel als Fraktionsvorsitzender der CDU seine ablehnende Haltung zum Bürgerbegehren.

Zumindest werde dies billigend in Kauf genommen. „Das ist aus Sicht der CDU-Fraktion nicht akzeptabel. Es zielt darauf ab, eine zuvor langwierige und von allen Fraktionen begleitete demokratische Meinungsbildung zu unterlaufen.“ Die Mehrkosten für die Wiedereröff-

nung des Freibades Oberbruch von mehr als 600 000 Euro müssten von den Bürgern getragen werden. Allein schon dieser Aspekt sei aus Sicht der CDU den Bürgern der Stadt nicht zuzumuten.

Die „Kollegen“ von der SPD hatten laut Fraktionschef Ralf Herberg nicht wirklich eine einheitliche Linie finden können. „Die inhaltlichen Forderungen der IG Freibadretter können von einigen Vertretern der SPD-Fraktion vollkommen nachvollzogen werden. Aber dies gilt nicht für alle Mitglieder der SPD-Fraktion. Wir haben dieses Thema über einen längeren Zeitraum größtenteils sehr kontrovers diskutiert, konnten jedoch kein einheitliches Ergebnis erzielen, so dass wir letztendlich zu der Überzeugung gelangt sind, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heinsberg selbst entscheiden sollen, ob das Freibad Oberbruch wieder eröffnet werden soll.“

Zwangsläufig führte auch diese Einstellung zu einer Ablehnung des Bürgerbegehrens, um den Bürgerentscheid herbeizuführen.

Die Grünen waren da in ihrer ablehnenden Haltung durchaus verbindlicher. „Würde dieses Bür-

gerbegehren Erfolg haben, dann würde dies dazu führen, dass neben der Bezuschussung des Bürgerbades in Kirchhoven zusätzlich hohe Kosten für den weiteren Betrieb des Freibades Oberbruch entstehen. Des Weiteren würde die Zeit quasi zurückgedreht und eine ähnliche Situation geschaffen, wie sie bereits vor der wechselseitigen Öffnung der Freibäder bestand und dann bekanntlich zur Schließung beider Bäder geführt hat“, machte Fraktionschef Willi Mispelbaum deutlich.

Konkurrenzsituation

„Darüber hinaus käme es zu einer Konkurrenzsituation zwischen den Bädern, die sich auf beide Bäder negativ auswirken würde. Das Bürgerbegehren zur Wiedereröffnung des Freibades Oberbruch impliziert somit, dass mindestens das Freibad in Kirchhoven – und möglicherweise auf Dauer sogar beide Freibäder nicht zu halten wären.“ Auf die vielen Helfer im Freibad Kirchhoven müsse dies „wie ein Schlag ins Gesicht wirken“, meinte Mispelbaum.

Sascha Mattern von den Freien

Wählern sah es wohl so ähnlich. Eigentlich sei ja schon alles gesagt, meinte er. Direkt an Alfred Geiger gerichtet versuchte er allerdings, diesem zumindest in einem Punkt zu erläutern, warum wohl das Kirchhovener Konzept den Zuschlag erhielt. Es habe bei den Kosten erheblich unter den durch das Altenburg-Gutachten veranschlagten gelegen. Zudem hätten beim Oberbrucher Konzept die Sanierungskosten die Stadt übernehmen sollen, sagte Mattern.

Letztlich waren es nur die Liberalen, die dem Bürgerbegehren zustimmten. Heinrich Schmitz war der Meinung, dass beide Bäder zunächst hätten geöffnet bleiben sollen, da dies sowieso über das Wassergeld finanziert worden wäre. Jedes Konzept hätte so eine faire Chance erhalten, glaubt er. Eine so kurzfristige Reaktion wie jetzt erfolgt, sei nach Ansicht der FDP nicht nötig gewesen. „Uns war klar, dass es zu einem Bürgerentscheid kommen wird, weil die Bürger nicht mitgenommen wurden.“

Jetzt liegt es im November in der Hand der Bürger, den Rettungsring für das Oberbrucher Freibad auszuwerfen.

